

Redebeitrag Peter Schimke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag zu Top Ö1, Ö2 und Ö3 in der Kreistagssitzung am 10.12.2021, es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Allgaier,

sehr geehrter Herr Professor Dr. Martin und sehr geehrter Herr Hechenberger,

werte Damen und Herren des Kreistages,

die von meinen Vorredner:innen angesprochenen Themen versuche ich nicht zu wiederholen und werfe den Blick auf die politischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen, auch wenn diese nicht vollumfänglich in unserem Zuständigkeitsbereich liegen.

Werte Kolleginnen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sie haben es in der Hand, wie unser Gesundheitswesen zukünftig aufgestellt wird. Geht die Regierung weiter den Weg von Privatisierung und Konkurrenz im Gesundheitswesen oder ändert sie den Kurs in Richtung einer am Gemeinwohl orientierter Gesundheitspolitik ohne Gewinnstreben?

Unsere Fraktion nimmt Bezug auf Top 1, Anlage 1 des Unternehmensplan 2022, nachzulesen auf Seite 7, a) Unternehmensstrategie.

Dort steht, ich zitiere:

„Insbesondere die Krankenhäuser, die an den Versorgungsauftrag des Landes gebunden sind, stehen dauerhaft im Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft. Insbesondere die Bedürfnisse der „kleineren Häuser“ und der entsprechend darin versorgten Patienten werden unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend berücksichtigt. Zusätzlich zeigt sich in der Pandemiesituation noch deutlicher der Mangel an medizinischen / pflegerischen Fachkräften, insbesondere in den Intensiv- und Überwachungsbereichen. Im nun zweiten Pandemiejahr zeigt der Gesetzgeber weder kurzfristige noch langfristig nachhaltige Gegensteuerungsprogramme. Dies zeichnet sich auch für die künftigen Geschäftsjahre ab. Diese Vorausschau basiert auf den aktuell bekannten externen Rahmenbedingungen, die sicherlich durch die neue Regierungskoalition angepasst werden.

Die bundespolitischen Bestrebungen, Klinikstrukturen zu konzentrieren und letztlich Bettenkapazitäten zu reduzieren, kommen auch in der Pandemiesituation deutlich zum Ausdruck. Beispielsweise werden in der nun kritischen vierten Welle keine Freihaltepauschalen mehr gewährt, obwohl viele Kliniken ihr elektives Programm bereits erneut reduziert haben.

Aufgrund der kommunal-gemeinnützigen Ausrichtung der Kliniken besteht nicht das primäre Ziel darin, Renditen für Gesellschafter oder fremde Kapitalgeber zu erwirtschaften.“

Zitat Ende.

Werter Herr Professor Dr. Martin, unter den politischen Rahmenbedingungen haben Sie mit Ihrem gesamten Klinikenteam eine gute Arbeit geleistet. Auch von unserer Seite dafür herzlichen Dank! Den vergangenen Großen Koalitionen zwischen CDU und SPD haben Sie bezüglich Gesundheitswesen kein gutes Zeugnis ausgestellt. Dem können wir uns anschließen. Das Gesundheitswesen darf kein Betrieb sein, der einen maximalen Profit erwirtschaften soll, sondern eine Einrichtung der Daseinsvorsorge, die sich am kranken Menschen orientiert. Dazu gehört ebenso das weite Feld der Präfilaxe, die im bestehenden System fast gar nicht vorkommt und kaum vergütet wird. Der Anreize eine Behandlung nach Fallpauschalen führt dazu, möglichst eine Behandlung durchzuführen, bei der Kasse gemacht werden kann. Hier muss umgedacht werden. Vorbeugung heißt hier die Zauberformel. Je gesünder die Menschen sind, desto höher der finanzielle Anreiz für den Arzt und das Krankenhaus. Wenn man fast ausschließlich mit Krankheiten Kasse macht, gibt es mittelfristig keinen Anreiz an der natürlichen Gesundheit der Menschen. Wer wird denn den Ast abgesägt auf dem er sitzt?

Hier müssen sich die politischen Rahmenbedingungen für die Anreize im Gesundheitswesen ändern! Das ist jedoch eine Aufgabe der Politik und nicht Ihre, Herr Professor Martin.

Ob das so schnell umgesetzt wird, wie auch von Ihnen im Strategiepapier unter dem Punkt Hoffnung - neue Regierungskoalition passt an – mögen wir als Fraktion Die Linke bezweifeln.

Wie kann man es politisch verantworten, dass das Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft an das Gesundheitswesen nicht zeitnah zugunsten der Krankenhäuser und Ärzte gelöst wird?

Ebenfalls das Thema Pflegekräfte. Schon vor der Pandemie war die Pflegesituation in den Kliniken - und nicht nur dort - prekär. Die Zeit verstreicht und es geschieht so gut wie nichts. Für die Arbeit an Menschen müssten die Pflegeberufe an der Spitze der Einkommensscala stehen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am besten gelöst werden.

Doch eine weitere Reduzierung von Betten auf Allgemein- sowie Intensivbettenstationen sind im momentanen Gesundheitssystem angelegt.

Es gibt kein Freihaltepauschalen mehr für Krankenhäuser, die Betten für einen Notfall vorhalten. Das ist ein Skandal! Ein kleiner Lichtblick ist, dass sich die Bundesregierung auf Drängen von Schleswig-Holstein bereiterklärt hat, die Freihaltepauschale für Krankenhausbetten bis Ende März 2022 zu verlängern. Dies hat aber bedauerlicherweise noch keinen Eingang in das heute (am Freitag, den 10.12.21) verabschiedete Infektionsschutzgesetz gefunden.

Wer käme auf die Idee Feuerwachen zu schließen, weil es im letzten Jahr weniger gebrannt hat. Oder den Katastrophenschutz aufzulösen, weil wir seit langem keine Katastrophe mehr hatten. Ich gehe davon aus, dass alle hier im Saal Anwesenden solche „Sparvorschläge“ zurückweisen würden, da solche Ereignisse nicht planbar sind und wenn sie eintreten, einen immensen Schaden verursachen würden.

Das gilt für unsere Fraktion gleichfalls im Gesundheitswesen. Deshalb appelliert unsere Fraktion an die neue Bundesregierung, hier die Systemparameter so zu ändern, damit unser Gesundheitssystem nicht mittelfristig zusammenbricht.

Nun unsere Stellungnahme zu Ö2:

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag hält, wie schon die erfolgte Schließung der Klinik in Vaihingen an der Enz, eine Schließung des Krankenhauses in Marbach für einen Fehler. Kleinere Häuser müssen keine Vollversorgung im Krankenhausverbund der Kliniken bieten, sie können jedoch als Portalkliniken für größere Häuser dienen, um die viel zu wenigen und meist überlasteten Landarztpraxen zu entlasten.

Gerade im ländlichen Raum und in Marbach mit seinem Hinterland sind zur ärztlichen Versorgung solche kleineren Klinikeinheiten aus unserer Sicht erhaltenswert und nicht nur in Krisenzeiten notwendig. Unsere Fraktion wird deshalb nicht für eine Schließung der Klinik in Marbach stimmen!

Deshalb beantragen wir bei den Beschlussvorschlägen Ö2 die Punkte a) und b) getrennt abzustimmen.

Dem Beschlussvorschlag Ö3, eine Sonderprämie für Mitarbeiter:innen der Kliniken aus dem Kreishaushalt 2021 unter den beschriebenen Regularien zu gewähren, stimmt unsere Fraktion zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!